

somit weitere Entwürfe realisieren. Von Krankheit ist hier schon gar nicht mehr die Rede, sondern nur noch vom Seinkönnen.

Fazit

Wir sind in diesem Beitrag auf den geworfenen Entwurf des Menschen eingegangen und haben darauf hingewiesen, dass viele Menschen in ihrem Geworfensein verharren und in eine Befindlichkeit des Lamentierens hineingeraten können. Es ist eine wesentliche Aufgabe der umgebenden Personen, diese Menschen vom fixierten Blick auf ihre Geworfenheit zu befreien und sie auf den Weg geworfener Entwürfe zu bringen. In der psychosozialen Versorgung treffen wir viele Psychiatrieerfahrene an, die in ihrer Geworfenheit eingeschlossen bleiben und sich nicht auf den Weg zu neuen Morgenröten machen können. Zwar muss jeder Entwurf vom Betroffenen selbst kommen, doch kann der Professionelle zur Lichtung des „Da“ (zum Aufblitzen) des Psychiatrieerfahrenen ohne Fremdregulierung beisteuern, und wo Lichtungen bereits vorhanden sind, kann er als „Lichtungsmultiplikator“ wirken. Die Absicht des Professionellen muss es sein, den Psychiatrieerfahrenen als Helfer zu ermutigen, den Kampf mit seiner Geworfenheit aufzunehmen, zusammen mit ihm Ziele in seinem Leben zu formulieren und ihm zu helfen, eine neue Art zu leben zu verwirklichen.

Literatur

- Adorno, T.W., Horkheimer, M.:** Dialektik der Aufklärung. Frankfurt am Main 1969
- Adorno, T.W.:** Negative Dialektik. In: Gesammelte Schriften. Frankfurt am Main 1973
- Antonowsky, A.:** Salutogenese. In: Franke, A. (Hrsg.): Zur Entmystifizierung der Gesundheit. Tübingen 1997
- Bateson, G.:** Ökologie des Geistes. Frankfurt am Main 1985
- Buck, D.:** Lasst euch nicht entmutigen. Norderstedt 2002
- Foucault, M.:** Die Sorge um sich. Frankfurt am Main 1986
- Heidegger, M.:** Sein und Zeit. Tübingen 1986
- Heidegger, M.:** Unveröffentlichte Abhandlungen, Vorträge – Gedachtes. In: Gesamtausgabe, Band 65. Frankfurt am Main 2003a
- Heidegger, M.:** Unterwegs zu Sprache. In: Gesamtausgabe, Band 12. Frankfurt am Main 2003b
- Heidegger, M.:** Platon: Sophistes. In: Gesamtausgabe, Band 19. Frankfurt am Main 2003c
- Hellerich, G.:** Selbsthilfe Psychiatrieerfahrener: Potenziale und Ressourcen. Bonn 2003
- Kraepelin, E.:** Psychiatrie: ein Lehrbuch für Studi[e]rende und Aerzte. Oxford 2009
- Nietzsche, F.:** Werke: Kritische Studienausgabe (KSA). Herausgegeben von G. Colli und M. Montinari. Elektronische Ausgabe. Berlin 1994
- Peters, U.H. (Hrsg.):** Lexikon Psychiatrie, Psychotherapie, Medizinische Psychologie. Heidelberg 2007
- Schopenhauer, A.:** Die Welt als Wille und Vorstellung. Darmstadt 1974

Rundschau

► Allgemeines

Europäische Kommission will 2012 zum Europäischen Jahr für aktives Altern erklären. Behörden, Sozialpartner und andere gesellschaftliche Organisationen sollen ihre Bemühungen, aktives Altern zu fördern, im nächsten Jahr verstärken. Die Initiative soll darauf hinwirken, die Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen älterer Menschen zu verbessern, und ihnen eine aktivere Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Darüber hinaus soll die Gesundheitsförderung von Senioren und Seniorinnen im Blickpunkt stehen. Weitere Informationen sind im Internet unter der URL <http://ec.europa.eu> erhältlich. *Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 12/2010*

Menschenrechte für Frauen ohne gesicherten

Aufenthaltsstatus. Mehr als 190 Millionen Menschen lebten nach Schätzung der Vereinten Nationen im Jahr 2005 außerhalb ihres Herkunftslandes. Anlässlich des internationalen Tages der Migranten hat der Internationale Frauenverband IN VIA eine Erklärung herausgegeben, um auf die weltweite Diskriminierung von Frauen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus aufmerksam zu machen. Hierin wird die Einhaltung der Menschenrechte unter dem Motto „Der Respekt für die Menschenwürde kennt keine Grenze“ angemahnt. Bereits im November 2009 waren Mitgliedsverbände aus 20 Nationen in Bolivien zusammengekommen, um die Lebensbedingungen von Migrantinnen zu analysieren. Besonders Migrantinnen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus sind zunehmend Opfer von Menschenrechtsverletzungen, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit. IN VIA kritisiert, dass die bereits vor zehn Jahren verabschiedete internationale Konvention zum Schutz der Rechte von Wander- und Gastarbeitern nicht eingehalten werde. So würden viele Frauen an ihrem Arbeitsplatz ausgebeutet und für ihre Arbeit gar nicht oder nicht ausreichend entlohnt. Darüber hinaus würden sie am Arbeitsplatz oft Opfer von sexuellem Missbrauch, von Menschenhandel und Zwangsprostitution. Es wird gefordert, in internationaler Zusammenarbeit auf gesetzlicher Ebene und in der tatsächlichen Umsetzung geeignete Sanktionsmaßnahmen gegen Menschenhändler zu ergreifen. Auch Personen, die illegale Dienstleistungen von Migrantinnen verlangen, müssten entsprechend bestraft werden. *Quelle: Pressemitteilung von IN VIA vom 17.12.2010*

Projektstudie: Demografischer Wandel – Kommunale Erfahrungen und Handlungsansätze.

Unter diesem Titel hat das Deutsche Institut für Urbanistik eine gemeinsam mit der Fachkommission Stadtentwicklungsplanung des Deutschen Städtetages erarbeitete Studie veröffentlicht. Das Ziel war es, Handlungsansätze in den Städten zu ermitteln sowie Schlussfolgerungen und Empfehlungen für den künftigen Umgang mit den verschiedenen Facetten des demographischen Wandels zu erarbeiten. Die

Fallstudien aus den Städten Bielefeld, Dresden, Gera, Köln, München, Münster und Wolfsburg werden hierin ausführlich dargestellt. Die Studie enthält eine Fülle von Beispielen zu ausgewählten Handlungsfeldern, wie Arbeitsmarkt, Personalentwicklung, Integration, Bildung, Familienpolitik, Wohnen, Gesundheit, Infrastruktur und Mobilität. Weitere zentrale Aspekte sind Leitbildentwicklung, Zielfindung und -festlegung, Organisation und Steuerung von Prozessen, Kooperationen mit unterschiedlichen Akteuren, Relevanz von Datengrundlagen, Monitoring und Evaluierung. Das Arbeitspapier zur Studie ist kostenfrei auf der Homepage des Deutschen Städtetages in der Rubrik Schwerpunkte/ Fachinformationen/Stadtentwicklung unter www.staedtetag.de abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung des Städte- und Gemeindetages 10/2010 vom 21.12.2010*

Leiharbeit in Dänemark: Migranten und ehemalige Sozialhilfeempfänger profitieren. Die Leiharbeit ist in Dänemark eine gute Möglichkeit für Arbeitslose, in reguläre Beschäftigung zu kommen. Dies zeigt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Am stärksten profitieren Migranten, Migrantinnen und ehemalige Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger von der Aufnahme eines Leiharbeitsjobs. Obwohl der dänische Arbeitsmarkt als sehr flexibel gilt und es dort kaum einen gesetzlichen Kündigungsschutz gibt, hat sich die Leiharbeitsquote zwischen 1997 und 2006 vervierfacht. Ein möglicher Grund für diesen rasanten Anstieg an Leiharbeitskräften liegt laut der Studie in der im Untersuchungszeitraum angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt. In Dänemark standen nur wenige qualifizierte Arbeitslose einem vergleichsweise großen Angebot an offenen Stellen gegenüber. So betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote zwischen 1997 und 2006 nur etwa 5 %. Im Jahr 2006 waren 1,7 % aller Beschäftigten in Dänemark in der Leiharbeit tätig. In Deutschland liegt der Wert bei rund 2 %. Die IAB-Studie ist im Internet unter der URL: <http://doku.iab.de/kurzber/2011/kb0111.pdf> einzusehen. *Quelle: Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 11.1.2011*

Fachverband für Informationstechnologie in Sozialwirtschaft und Sozialverwaltung gegründet. Das Ziel dieses neuen Verbandes ist es, den Wertbeitrag der Informationstechnologie im sozialen Sektor zu steigern. Zu den zentralen Aufgaben zählen die Schaffung von Standards für den Datenaustausch, die Verbesserung von Anwenderfreundlichkeit und Nutzerakzeptanz, der Erfahrungsaustausch zwischen den Akteuren der Branche sowie die Förderung sozialinformatischer Forschung und Bildung. Der Verband will bei politischen Entscheidungen mitwirken und als kompetenter Ansprechpartner für Kostenträger, Leistungserbringer und behördliche Kontrollinstanzen dienen. Die Mitgliedschaft steht sozialen Einrichtungen und Verbänden, Anbietern von Software und IT-Dienstleistungen, Hochschulen und Forschungsinstituten sowie interessierten Einzelpersonen offen. Zur Gründungsversammlung nach Frankfurt am Main waren fast 100 Vertreterinnen und Vertreter sozialer Organisationen, IT-Firmen und Wissenschaftlerinnen sowie Wissenschaftler gekommen. Für die fachliche Arbeit des Verbandes wurde bereits eine Reihe von themenspezifischen Arbeitskreisen ins Leben gerufen. Weitere Informationen sind im Internet

unter der URL www.finsoz.de abrufbar. *Quelle: Presseinformation des FINSOZ e.V. vom 27.12.2010*

Engagement ermöglichen – Strukturen gestalten. Handlungsempfehlungen für eine nationale Engagementsstrategie. Hrsg. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Berlin 2010, 172 S. kostenfrei *D-9350*

Die wesentlichen Aspekte einer nationalen Engagementstrategie wurden im März 2010 auf einer Tagung des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation von Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Wirtschaft diskutiert. Diese Veröffentlichung dokumentiert neben dem Auftaktkongress die Dialogforen vom April 2010 zu den Themenfeldern Reform des Zuwendungsrechts, Zukunft der Freiwilligendienste, Bildung und bürgerschaftliches Engagement, Arbeitsmarktpolitik, Infrastrukturförderung und Corporate Citizenship. Im Anhang findet sich der von der Konferenz der Internationalen Nichtregierungsorganisationen im Oktober 2009 verabschiedete Verhaltenskodex für die Bürgerbeteiligung im Entscheidungsprozess. Bestellanschrift: BBE, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/62 98 06 25, E-Mail: forum@b-b-e.de

► Soziales

Soziale Stadtentwicklung in Armutswohnquartieren. Rund 150 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Praxis und Wissenschaft hatten an einer Tagung der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der Fachhochschule Köln teilgenommen, die im November 2010 stattfand. Auf dem Programm standen Vorträge von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Fachhochschulen Köln und Düsseldorf und von Expertinnen und Experten aus der Praxis, aus der Verwaltung und aus der Politik sowie Diskussionen und Workshops. Hierbei wurde gefordert, dass die Stadt Köln die Lebensbedingungen der Menschen in benachteiligten Wohnquartieren durch die Förderung von Gemeinwesenarbeit (GWA) verbessert. Zu den weiteren Forderungen der GWA in Köln zählten die Beteiligung der GWA bei der Stadtentwicklung, die Entwicklung eines Konzeptes für den Umgang mit Schrottimmobilien, die Verhinderung weiterer Privatisierungen von öffentlichem Wohnraum, die weitere Errichtung von Sozialwohnungen und die Verlängerung der Sozialwohnungsbindung. Gemeinwesenarbeit wird zurzeit in vier Quartieren Kölns gefördert. In mindestens 40 weiteren Quartieren ist die Lebenssituation der Bewohnerinnen und Bewohner ebenfalls prekär. Die Stadt Köln soll diese Wohnquartiere identifizieren und gemeinsam mit qualifizierten Fachkräften der Gemeinwesenarbeit ein Konzept zur Vitalisierung dieser Quartiere erstellen. Weitere Informationen zu der Tagung erteilt die Fachhochschule Köln, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften, Prof. Dr. Markus Ottersbach. E-Mail: markus.ottersbach@fh-koeln.de *Quelle: Pressemitteilung der Fachhochschule Köln vom 30.11.2010*

IAB fordert Mindestlohn vor Mai 2011. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) befürchtet ab Mai 2011 eine Lohn-Abwärtsspirale. Diese drohe insbesondere in den Teilen des Dienstleistungssektors, in denen bereits jetzt niedrige Löhne gezahlt werden. Zum 1.5.2011 enden die Übergangsfristen für die 2004 zur EU hinzugekommenen Länder, darunter Polen und die baltischen

Staaten. In der Zeitschrift IAB-FORUM wird dafür plädiert, einen Mindestlohn festzusetzen, da sonst eine Abwärts-spirale drohe, in der die mit billigen Arbeitskräften aus den neuen Mitgliedsstaaten operierenden Firmen diejenigen verdrängen, die akzeptable Löhne zahlen. Das IAB sieht die Probleme keineswegs nur bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit, sondern vor allem auch im Auslaufen der Übergangsregelungen bei der sogenannten Dienstleistungsfreiheit. Deutschland und Österreich haben diese Regelung bislang für bestimmte sensible Branchen ausgesetzt. Den entstehenden Lohnwettbewerb können deutsche Unternehmen vor allem im Bau- und Reinigungsgewerbe nicht gewinnen. Die Dienstleistungsfreiheit vermag also die Situation im Niedriglohnbereich – und zwar für deutsche Arbeitgeber wie Arbeitnehmer – gravierend zu verschärfen. Hier droht eine Konkurrenz, die spürbar zulasten der Arbeitsplatzchancen der Geringqualifizierten im Lande geht. Dabei könnten sich gesellschaftliche Probleme und soziale Spannungen verschärfen, denn bereits jetzt liege die Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe bei über 20 %, so das IAB. *Quelle: Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 20.12.2010*

Der Mensch im Mittelpunkt. 11. Vormundschaftsgerichtstag. Hrsg. Andrea Diekmann und andere. Bundesanzeiger Verlag. Köln 2010, 282 S., EUR 24,– *DZI-D-9221* Die verschiedenen Möglichkeiten der Selbstbestimmung und Teilhabe rechtlich betreuter Menschen behandelte der 11. Vormundschaftstag 2008, dessen Beiträge in dieser Broschüre zusammengestellt sind. Im Blickpunkt standen Themen wie das persönliche Budget, die Ermittlung der Wünsche von Betreuten, Zwangsbehandlungen, bedarfsgerechtes Wohnen, berufliche Integration und zielgruppenspezifische Kommunikation sowie Strukturen und Perspektiven des Betreuungswesens. Neben der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wurden auch konkrete Initiativen vorgestellt. Des Weiteren dokumentiert die Veröffentlichung die Ergebnisse eines Workshops zum Thema „Standards für die Sachverhaltsaufklärung nach § 8 BtBG“ zur Rolle der Betreuungsbehörde bei der Ermittlung betreuungsgerichtlich relevanter Angelegenheiten. Bestellschrift: Vormundschaftsgerichtstag e.V., Kurt-Schumacher-Platz 9, 44787 Bochum, Tel.: 0234/640 65 72, E-Mail: vgt-ev@vgt-ev.de

Finanzierungslücke bei privat krankenversicherten ALG-II-Empfängern soll geschlossen werden. Der Petitionsausschuss setzt sich dafür ein, die Finanzierungslücke zu schließen, die entsteht, wenn ein im Basistarif der Privaten Krankenversicherung (PKV) Versicherter Bezieher von ALG II ist. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags beschlossen daher am Mittwochmorgen einstimmig, die darauf abzielende Forderung einer öffentlichen Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen und den Fraktionen zur Kenntnis zu geben. Es besteht zwar für ALG-II-Empfänger und Empfängerinnen eine Versicherungspflicht in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Diese gilt jedoch nicht für Personen, die unmittelbar vor dem Bezug von ALG II privat krankenversichert waren, und ebenso wenig für jene, die davor weder gesetzlich noch privat krankenversichert waren und hauptberuflich selbstständig erwerbstätig oder versicherungsfrei sind. Nach Aussage des Bundesgesundheitsministe-

riums besteht für diese Personen eine Regelungslücke. So sei der zuständige Leistungsträger laut Gesetz nur verpflichtet, den Betrag zu übernehmen, der auch für einen in der GKV versicherten Bezieher von ALG II bezahlt würde. Dies entspreche in der Regel einem Betrag von 130 Euro. Für Versicherte im Basistarif der PKV werde zwar im Falle der Hilfebedürftigkeit nach ALG II der Beitrag von rund 570 Euro auf rund 285 halbiert. Dennoch bleibe dem Versicherten eine Beitragslücke von rund 155 Euro monatlich. *Quelle: Heute im Bundestag vom 15.12.2010*

Neues Bremisches Wohn- und Betreuungsgesetz in Kraft getreten. In der Nachfolgeregelung zum Heimgesetz ist vorgeschrieben, dass der Schutzbedarf von Bewohnerinnen und Bewohnern von Altenpflege Wohngemeinschaften und Service-Wohnen berücksichtigt wird. Das Gesetz erfasst dazu die institutionellen Wohngemeinschaften, deren Bestand vom Wechsel und der Zahl einzelner Bewohnerinnen und Bewohner unabhängig ist. Diese Wohngemeinschaften sind künftig vom Betreiber der Sozialbehörde anzuzeigen und es sind Konzepte hierfür vorzulegen. Das Gesetz soll neue Wohnformen schützen und Etikettenschwindel verhindern. Verbraucherschutz und -beratung werden in ihrer Bedeutung gestärkt. Es schafft die Voraussetzungen dafür, dass die Prüfergebnisse der Heimaufsicht in verständlicher Form veröffentlicht werden können. Die neuen Regelungen sind nach dem Grad der Abhängigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner abgestuft und Pflegeheime werden weiterhin jährlich angemeldet oder unangemeldet von der Heimaufsicht geprüft. Die Anbieter von Service-Wohnen und institutionellen Wohngemeinschaften sind davon ausgenommen. Das Gesetz sowie Informationsmaterial hierzu sind im Internet unter der URL www.soziales.bremen.de einzusehen. *Quelle: Pressemitteilung der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Bremen vom 22.10.2010*

► Gesundheit

Studie zum Umgang mit psychisch Erkrankten. Jeder dritte Deutsche erleidet im Lauf seines Lebens eine psychische Erkrankung. Die Betroffenen erfahren oftmals Diskriminierung und Ausgrenzung. Das Aktionsbündnis für Seelische Gesundheit hat im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit eine Studie zur Wirksamkeit von Maßnahmen gegen die Stigmatisierung durchgeführt, die im Internet unter der URL http://seelichegesundheits.net/images/stories/Aktionsbuenndnis_Studie_Konzeption_Umsetzung_Interventionen_2010.pdf eingesehen werden kann. *Quelle: inform 4/2010*

Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe. Dokumentation. Hrsg. Sozialpädagogisches Institut des SOS-Kinderdorfes e.V. Selbstverlag. München 2010, 156 S., EUR 3,50 *DZI-D-9327* Die durch den im Mai 2009 publizierten 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung angestoßene Diskussion vorwegnehmend, befasste sich die Fachtagung des deutschen SOS-Kinderdorfes im November 2008 mit dem Thema der Gesundheitsförderung in der Jugendhilfe, wobei aus verschiedenen Perspektiven die Möglichkeiten der Zusammenarbeit der beiden Hilfesysteme erläutert wurden. Ausgehend von Konzepten wie der Salutogenese

nach Aaron Antonovsky und dem Capability-Ansatz von Amartya Sen beschreiben die Beiträge anhand von Studien und Praxisbeispielen die Rolle des sozialen Kapitals als Ressource sowie Möglichkeiten der Gesundheitsförderung im Rahmen von Elternbildung, Kindertagesstätten, Jugendarbeit und Hilfen zur Erziehung. Bestellanschrift: SOS-Kinderdorf e.V., Sozialpädagogisches Institut, Renatastraße 77, 80639 München, Tel.: 089/126 06-432, E-Mail: info.spi@sos-kinderdorf.de

Erstes Männergesundheitsportal. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) hat 2010 mit dem Aufbau einer Internetplattform zur Bereitstellung von Informationen zum Thema „Männergesundheit“ begonnen. Das Anliegen der BzGÄ besteht in der Förderung der Gesundheit von Männern durch den Austausch von aktuellen Entwicklungen in den Fachgebieten, dem Aufbau von Kooperationen und Netzwerken sowie der wissenschaftlichen Begleitung des Portals. Das Angebot wird durch den Versand eines Newsletters ergänzt, der bereits seit Dezember 2009 vierteljährlich verschickt wird. Das Portal ist im Internet unter der URL www.bzga.de/maennergesundheitsportal erreichbar. *Quelle: Impulse 4/2010*

Sucht im Alter. Eine im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums erstellte Studie hat ergeben, dass zirka 14 % der Menschen, die von ambulanten Pflegediensten und in stationären Einrichtungen betreut werden, Alkohol- oder Medikamentenprobleme haben. Um diesem Problem zu begegnen, fördert das Ministerium in den nächsten zwei Jahren acht Modellprojekte zur Sensibilisierung und Qualifizierung von Fachkräften mit insgesamt 1,2 Mio. Euro. Im Rahmen der Projekte wird die strukturierte Zusammenarbeit zwischen Alten- und Suchthilfe gefördert und es werden bedarfsgerechte gemeinsame Fortbildungen entwickelt. Einzelheiten zu den Projekten sind unter der URL www.drogenbeauftragte.de zu erfahren. *Quelle: DEVAP Impuls 4/10*

Versorgung von Schmerzpatienten auf neuem Höchststand. Die Bundesopiumstelle im Bonner Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte gibt in diesem Jahr erstmals über 10 Millionen Betäubungsmittelrezepte an Ärztinnen und Ärzte ab. Damit hat sich die Zahl der Rezepte in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung bezeichnete diese Tatsache als einen wichtigen Beitrag für die positive Entwicklung der Schmerztherapie und Palliativmedizin in Deutschland. Der Präsident des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte erklärte, dass die kontrollierte Abgabe von Betäubungsmitteln der richtige Weg zur Verbesserung der schmerztherapeutischen Versorgung in Deutschland sei. Um dem Risiko einer möglichen Übertherapie mit starken Schmerzmitteln frühzeitig entgegenwirken zu können, wird die Bundesopiumstelle den inhaltlichen Austausch mit den betroffenen Verbänden und Fachgesellschaften zur weiteren Entwicklung des Schmerzmittelbedarfs intensivieren. Mehr als 10 % der deutschen Bevölkerung leiden unter chronischen Schmerzen, die sie dauerhaft quälen und ihre Lebensqualität und Arbeitsfähigkeit erheblich einschränken. Insbesondere zur Behandlung tumorbedingter sowie schwerer chronischer Schmerzen sind starke Schmerzmit-

tel unverzichtbar. Diese dürfen nur mit speziellen Betäubungsmittelrezepten verschrieben werden, die Ärztinnen und Ärzte zuvor bei der Bundesopiumstelle anfordern müssen. Mit intensiven Schutzmaßnahmen überwacht diese den Weg von der Herstellung bis zur Apotheke und versucht so zu verhindern, dass Betäubungsmittel zu Missbrauchszwecken abgezweigt werden. Informationen sind unter der URL www.bfarm.de oder www.drogenbeauftragte.de im Internet abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) und der Drogenbeauftragten der Bundesregierung vom 6.12.2010*

► Jugend und Familie
Über 8 000 Anrufe und Briefe bei der Anlaufstelle Sexueller Kindesmissbrauch. Die Kampagne „Sprechen hilft“, die im September 2010 mit TV-Spots, Plakaten, Anzeigen und Infomaterialien in ganz Deutschland gestartet ist, zeigt ihre Wirkung. Die Zahl der Betroffenen, die sich bei der Anlaufstelle gemeldet haben, hat sich seitdem verdoppelt, insgesamt waren dies im ersten Halbjahr über 8 000 Betroffene. Während anfangs vor allem von Missbrauchsfällen in Institutionen berichtet worden sei, würden jetzt immer mehr Fälle von Missbrauch im familiären Kontext angezeigt. Es zeichnet sich die Tendenz ab, dass Frauen vor allem von Missbrauch im familiären Umfeld berichteten, Männer proportional häufiger von Missbrauch in Institutionen. Knapp die Hälfte der berichteten Fälle in Institutionen sei in katholischen Einrichtungen aufgetreten. *Quelle: Pressemitteilung der unabhängigen Beauftragten zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs vom 25.11.2010*

Juleica. Handbuch für Jugendleiterinnen und Jugendleiter. Hrsg. Landesjugendring Niedersachsen e.V. Selbstverlag. Hannover 2010, 192 S., EUR 4,-, *DZI-D-9222* In der Praxis der Jugendarbeit entstehen häufig rechtliche, organisatorische oder pädagogische Fragen, bei denen diese Broschüre mit vielfältigen Informationen dienen kann. Konzipiert als Nachschlagewerk für die tägliche Arbeit enthält sie Hinweise zu Bereichen wie Maßnahmen- und Programmplanung, Pressearbeit, Medienkompetenz, Kindeswohlgefährdung, Notfallsituationen, Gruppenverhalten, Aufsichtspflicht, Jugendschutzgesetz und fachliche Qualifizierung. Die aktuelle Auflage wurde um die Themen Gender Mainstreaming, Partizipation von Menschen mit besonderem Förderbedarf und Einsatz des Internets ergänzt. Literaturhinweise, Checklisten und Kopiervorlagen erleichtern das Engagement von Jugendleiterinnen und Jugendleitern, die den Ratgeber bei Vorlage der Juleica zum ermäßigten Preis von 2 Euro erhalten. Bestellanschrift: Landesjugendring Niedersachsen e.V., Zeißstraße 13, 30519 Hannover, Tel.: 05 11/519 45 10, E-Mail: info@ljr.de

Rechtliche Konsequenzen aus Rücknahme des Vorbehalts zur Kinderrechtskonvention notwendig. Die Frage nach den Konsequenzen aus der Rücknahme des Vorbehalts zur UN-Kinderrechtskonvention stößt im Bundestagsausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe auf geteilte Meinungen. Die Kinderrechtskonvention wurde 1989 von der UN-Generalversammlung angenommen. Deutschland unterzeichnete sie bereits 1990, allerdings mit Vorbehalten, die unter anderem das Asyl- und

Ausländerrecht betrafen. 20 Jahre später, im Mai 2010, erkannte Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention vorbehaltlos an und die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen verlangten in der Konsequenz weitere gesetzgeberische Schritte. Die Koalitionsfraktionen sprachen sich dagegen aus. Als besonderes Beispiel gilt die Lage unbegleiteter Flüchtlingskinder. Hier muss nach dem Willen der Opposition beispielsweise geprüft werden, ob eine Rechtsänderung die Betreuung und Unterbringung der Kinder in jugendgerechten Einrichtungen gewährleisten kann. Kinder könnten sich zwar auf die Konvention berufen, jedoch komme es immer auf die konkrete Norm an und darauf, wie die Gerichte mit unter Umständen konkurrierenden Rechten umgingen. *Quelle: Heute im Bundestag vom 2.12.2010*

Theaterprojekt wird ausgezeichnet. Das Theaterprojekt „Straße“ der Kontakt- und Beratungsstelle (KuB) ist Preisträger des bundesweit ausgetragenen Innovationswettbewerbs „365 Orte im Land der Ideen“. Mit dem Theaterprojekt hilft die KuB in Berlin obdachlosen Jugendlichen, ein neues Leben zu beginnen. Die Heranwachsenden erhalten für die Zeit der Proben eine Unterkunft und Lebensmittel und stärken zudem durch die kreative Arbeit ihr Selbstbewusstsein. Seit Ende September 2010 wurde dreimal wöchentlich geprobt und das Ergebnis Anfang Januar 2011 unter dem Titel „Woyzeck ist tot! Woyzeck lebt!“ im Theater der Universität der Künste der Öffentlichkeit präsentiert. Weitere Informationen sind im Internet unter der URL www.kub-berlin.de erhältlich. *Quelle: Pressemitteilung von Deutschland – Land der Ideen vom 23.12.2010*

Bundesforum Männer gegründet. Der Verein bildet die bundesweite Interessenvertretung gleichstellungspolitisch orientierter Organisationen der Männer-, Jungen- und Väterarbeit und der Forschung zu Jungen und Männern. Zu den Gründungsmitgliedern zählen unter anderem die Gewerkschaft ver.di, der Bundesverband des Paritätischen Bildungswerks e.V. sowie kirchliche Organisationen. Der Verein wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mitfinanziert. Weitere Informationen sind unter der URL <http://www.bundesforum-maenner.de> erhältlich. *Quelle: Paritätischer Rundbrief vom Dezember 2010*

Jugend zwischen Abstinenz und Abhängigkeit. Sozialwirtschaftliche Erkenntnisse zum Suchtmittelkonsum junger Menschen. Hrsg. Doris Sarrazin. Deutsche Gesellschaft für Suchtforschung und Suchttherapie e.V. Selbstverlag. Hamm 2010, 91 S., kostenlos *DZI-D-9275*
Um den Blick auf die sozialen Bedingungsfaktoren des Suchtmittelkonsums Jugendlicher zu fokussieren, befasste sich die in dieser Handreichung dokumentierte Klausurtagung der Deutschen Gesellschaft für Suchtforschung und Suchttherapie e.V. 2009 mit den hierzu vorliegenden sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen. Im Mittelpunkt standen die aktuelle Lebenssituation junger Menschen und geeignete Ansätze der Unterstützung. Einzelne Beiträge widmen sich der Suchtmittelaffinität unterschiedlicher Jugendkulturen, den Erkenntnissen der Sinus-Jugendmilieu-Studie 2007, der Wahrnehmung der Suchtproblematik durch Medien und Politik sowie Fragen im Hinblick auf die Resilienzförderung und Prävention durch peerorientierte oder naturbezogene Projekte. Bestellanschrift: Deutsche

Gesellschaft für Suchtforschung und Suchttherapie e.V., Postfach 1453, 59004 Hamm, Tel.: 023 81/41 79 98, E-Mail: dg-sucht@t-online.de

Generationenfreundliches Einkaufen. In Hannovers Innenstadt sind jetzt die beiden ersten Geschäfte als „Ausgezeichnet Generationenfreundlich“ durch das niedersächsische Sozialministerium ausgewiesen worden. Im Jahr 2009 hat die Landesinitiative Niedersachsen Generationengerechter Alltag (LINGA) gemeinsam mit dem niedersächsischen Sozialministerium, dem Unternehmerverband Einzelhandel Niedersachsen e.V. und dem Landesseniorenrat Niedersachsen e.V. das Qualitätszeichen „Generationenfreundliches Einkaufen“ eingeführt. Zwischenzeitlich wurden schon weit über 100 Geschäfte zertifiziert. Eigens qualifizierte Seniorentesterinnen und Seniorentester untersuchen Aspekte wie Leistungsangebote, Geschäftsräume und Serviceverhalten des Personals der sich bewerbenden Geschäfte und bewerten sie nach bestimmten Kriterien. Werden die Kriterien erfüllt, erhält das Geschäft ein Zertifikat, das drei Jahre lang gültig ist. Einzelhandelsgeschäfte, die die Zertifizierung nicht geschafft haben, können sich bei der LINGA über zusätzliche Beratungs- und Qualifizierungsangebote von regionalen Partnern informieren. *Quelle: Pressemitteilung des niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration vom 20.12.2010*

► Ausbildung und Beruf

Begleitforschung zur Umsetzung der Pflege-Transparenzvereinbarung. Der Fachbereich Gesundheit und Pflege der Hamburger Fern-Hochschule erforscht in den kommenden zwei Jahren Stärken und Verbesserungspotenziale der „Pflege-Transparenzvereinbarung stationär“. Damit begleitet die Hochschule deren Umsetzung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) Rheinland-Pfalz wissenschaftlich und bewertet diese. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler untersuchen in dem Drittmittelprojekt unter anderem Qualitätskriterien, Bewertungssystematik, Ausfüllanleitung und Veröffentlichungsmodi der Pflege-Transparenzvereinbarung, die im Zuge des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes 2008 eingeführt wurde. Informationen sind im Internet unter der URL www.hamburger-fh.de abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung der Hamburger Fern-Hochschule vom 29.11.2010*

Branchenbuch – grundständige Studienangebote Soziale Arbeit. Hrsg. Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. Selbstverlag. Berlin 2010, 36 S., kostenlos *DZI-D-9354*

Da sich im Zuge der Umstellung auf das Bachelor- und Mastersystem die Studienlandschaft der Sozialen Arbeit stark ausdifferenziert hat, entstehen für fachlich interessierte Schulabgängerinnen und -abgänger häufig Fragen im Hinblick auf die berufliche Orientierung und die Fächerwahl. Um die Entscheidung zu erleichtern, bietet diese Broschüre neben allgemeinen Hinweisen zu den neuen Strukturen und Entwicklungen ein nach Postleitzahlenbereichen gegliedertes Adressenverzeichnis von Hochschulen mit einem Überblick über deren Lehrangebote. Bestellanschrift: Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V., Rungestraße 22-24, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 05 40 12, E-Mail: info@dbsh.de

Weiterbildung in Traumapädagogik. Der neue Ausbildungsgang „Fachkraft für die stationäre und ambulante Betreuung traumatisierter Kinder und Jugendlicher“ beschäftigt sich mit den zentralen traumapädagogischen Aspekten, wie der Psychotraumatologie des Kindes, Beziehungsdynamiken in der Arbeit mit traumatisierten Heranwachsenden sowie Techniken der Stabilisierung. Die einjährige Fortbildung richtet sich an professionelle Helferinnen und Helfer in stationären und ambulanten Einrichtungen, die einen regelmäßigen Alltag mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen verbringen. Weitere Informationen sind im Internet unter der URL www.institut-fuer-traumabearbeitung.de erhältlich. *Quelle: Pressemitteilung des Instituts für Traumbearbeitung vom 17.11.2010*

Studiengang Master of Arts in Sozialwirtschaft. Der berufsbegleitende Studiengang mit Präsenzeinheiten in Heidelberg wird von der Hochschule Esslingen in Kooperation mit der Paritätischen Bundesakademie und der Paritätischen Akademie Süd ab dem Sommersemester 2011 angeboten. Das Studienkonzept mit hohem Praxisbezug richtet sich an Personen, die über einen Hochschulabschluss verfügen und sich auf eine Leitungs- und Führungsaufgabe vorbereiten wollen oder diese bereits ausüben. Der Studiengang richtet sich besonders an berufstätige Studierende. Nähere Informationen sind im Internet unter der URL www.akademiesued.org erhältlich. *Quelle: Pressemitteilung der Paritätischen Akademie vom 21.12.2010*

Projekt zum Ehrenamtsmanagement. Der drohende Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit erfordert eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Vor diesem Hintergrund startet die Caritas in Nordrhein-Westfalen das Projekt „Win-Win für Alle!“, das von der EU über drei Jahre aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie mit Bundesmitteln gefördert wird. Eine entscheidende Rolle für das Gelingen kommt künftig den Führungskräften und Personalverantwortlichen zu und daher sollen insbesondere Führungskräfte für den Bereich Ehrenamtsmanagement gewonnen werden. Workshops für Führungskräfte und fünf Ausbildungskurse für Ehrenamtskoordinatoren und -koordinatorinnen in den Aufgabenbereichen Altenhilfe, Behindertenhilfe und Psychiatrie, Gesundheitshilfe, Kinder- und Jugendhilfe sowie für Teilnehmende aus Verbänden und Initiativen bilden die Schwerpunkte des Projekts. Der erste Kurs im Bereich Altenhilfe hat im Januar 2011 begonnen. Das Projekt wird vom Diözesancaritasverband Münster durchgeführt. Weitere Informationen sind im Internet unter der URL www.caritas-muenster.de erhältlich. *Quelle: Pressemitteilung des Caritasverbandes für die Diözese Münster vom 27.12.2010*

Tagungskalender

14.-17.3.2011 Freising. Fachtagung: Supervision in kirchlichen Feldern. Information: Institut für Theologische und Pastorale Fortbildung, Domberg 27, 85354 Freising, Tel.: 081 61/181-2222, E-Mail: Institut@TheologischeFortbildung.de

16.-17.3.2011 Berlin. 6. Kongress für Gesundheitsnetzwerker – Die Praxis der neuen Versorgungsformen. Information: Agentur WOK GmbH, Palisadenstraße 48, 10243 Berlin, Tel.: 030/49 85 50 31, E-Mail: info@gesundheitsnetzwerker.de

28.3.2011 Saarlouis. Gerontologische Fachtagung: Integrative Validation, Wut aus Angst – Angst vor Wut. Information: Demenz-Verein Saarlouis e.V., Ludwigstraße 5, 66740 Saarlouis, Tel.: 068 31/488 18-0, E-Mail: sekretariat@demenz-saarlouis.de

31.3.-2.4.2011 Berlin. 16. Symposium Frühförderung. Information: Vereinigung für interdisziplinäre Frühförderung e.V., Landesverband Berlin-Brandenburg, Immanuelkirchstraße 24, 10405 Berlin, Tel.: 030/442 92 93, E-Mail: zoels@spielmittel.de

6.-8.4.2011 Fulda. Deutscher Fundraising Kongress: Von der Blechdose bis zur Charity-Gala. Information: Fundraising Kongressbüro, c/o SWOP. Medien und Konferenzen, Katrin Taepke, Ziegelstraße 29, 10117 Berlin, Tel.: 030/531 47 37-32, E-Mail: kt@swop-berlin.de

11.-12.4.2011 Frankfurt am Main. Fortbildungsseminar: Soziale Arbeit und Öffentlichkeit. Information: Bundesgeschäftsstelle der Deutschen Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen (DVSG) e.V., Haus der Gesundheitsberufe, Salzufer 6, 10587 Berlin, Tel.: 030/394 064 54-0, E-Mail: info@dvsg.org

11.-13.4.2011 Hofgeismar. Methoden der Anti-Gewalt-Pädagogik. Fortbildungsseminar für Fachkräfte bei öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe sowie der Bewährungshilfe. Information: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V., Lützerodestraße 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36-41, E-Mail: tschertner@dvjj.de

12.-14.4.2011 Nürnberg. Fachmesse Altenpflege. Information: NürnbergMesse GmbH, Messezentrum, 90471 Nürnberg, Tel.: 09 11/86 06-0, E-Mail: info@nuernbergmesse.de